

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13093. — **Verlag in Leipzig:**
Tauschaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Kellame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

England für Aufhebung der Sanktionen. Ein Mehrheitsbeschluss im Obersten Rat wahrscheinlich.

London, 30. Juni. (T.M.) Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die englische Regierung durch ihren Vorkämpfer, der inzwischen nach Berlin zurückkehrte, die Erklärung abgegeben werde, daß die Sitzung des Obersten Rats, der am 15. Juli zusammentreten wird, in allen Fragen nach ursprünglicher Gesinnung durch Mehrheitsbeschluss Entscheidungen herbeiführen werde. In der Frage der Aufhebung der Sanktionen könne eine Entscheidung nur von derjenigen Seite ausgehen, welche die Sanktionen verhängt hat, und das ist der Oberste Rat. Es kann daher vor dem Zusammentritt des Obersten Rats von einer Aufhebung der Sanktionen keine Rede sein. Dabei ist anzunehmen, daß sich die Vertreter des Obersten Rats für die Aufhebung der Sanktionen aussprechen werden. Es ist überdies zu bedenken, daß am 4. Juli, am amerikanischen Nationalfeiertage, der Frieden mit Deutschland endgültig geschlossen sein wird. Infolgedessen wird der amerikanische Vertreter im Obersten Rat nicht mehr, wie bisher, bloß Zuschauer, sondern vielmehr Teilnehmer sein. Es wird erwartet, daß der amerikanische Vertreter sich für die Aufhebung der Sanktionen aussprechen wird.

Eine offizielle Erklärung der englischen Regierung über ihre Stellung zur Sanktionsfrage und über ihre Ansicht darüber, auf welchem Wege die Entscheidung getroffen werden sollte, wäre um so mehr am Platze, als Briand in den letzten Tagen zweimal, in der Kammer wie gegenüber dem deutschen Vorkämpfer, eindeutig und unumwunden erklärt hat, daß an eine Aufhebung der Sanktionen vorläufig nicht zu denken sei, und als dieser angesichts der Annahme und gewissenhaften Durchführung des Ultimatums jeglicher rechtlichen oder moralischen Begründung entscheidende Standpunkt in Deutschland berechtigte Empörung ausgelöst hat.

Die deutsch-französischen Sachverständigenberatern.

Die Infrage auf dem Tapet.
Paris, 29. Juni. Wie Petit Parisien mitteilt, werden die deutschen und die französischen Sachverständigen bei den jetzt beginnenden Beratungen nur zwei Hauptfragen behandeln: Die Zahlungsfristen und den Preis für die Sachlieferungen. Eine dritte Frage werde augenblicklich noch in Berlin mit dem Garantienauschuss verhandelt: der Erlass der 26 prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr durch einen andern Indez. Wahrscheinlich würden die beiden getrennten Verhandlungen in der kommenden Woche gemeinsam in Paris geführt werden. Der Garantienauschuss werde Berlin in zwei oder drei Tagen verlassen.

Große Sachleistungen, kleine Devisenzahlungen.

Berlin, 30. Juni. (T.M.) Halbamtlich wird gemeldet, daß bei den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee festgelegt wurde, daß außer der bis zum 31. August zu zahlenden einen Milliarde Goldmark in dem ersten Reparationsjahr bis zum 1. Mai 1922 in Devisen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen nach dem Zahlungsplan zu liefernden Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe von den Ententeländern abgegolten werden.

Das Abkommen der englischen Bergarbeiter mit der Regierung.

London, 29. Juni. Lloyd George hat das Unterhaus von dem Abschluß eines Abkommens zwischen den Bergleuten und der Regierung in Kenntnis gesetzt. Dieses Abkommen ist bis zum 30. September 1922 gültig und kann von beiden Seiten drei Monate vorher gekündigt werden. Es wird im Unterhause besprochen werden. Die „Verteidigungsmacht“, die kurz nach Ausbruch des Bergarbeiterstreiks gebildet wurde, wird sofort aufgelöst werden.

Ein neuer großer Streik in Aussicht?

London, 29. Juni. Wie die Blätter melden, scheint eine neue industrielle Krise den Kohlenstreik ablösen zu wollen. Die Abstimmung des Maschinenbauerverbandes über die Vorschläge der Unternehmer bezüglich einer Herabsetzung der Löhne ergab 257532 Stimmen gegen und nur 125 014 Stimmen für eine Annahme der Vorschläge. Der Vorsitzende des Verbandes erklärte jedoch, er hoffe, daß trotzdem eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden werden würde.

Ein Attentatsversuch auf den serbischen Prinzregenten.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Wossische Zeitung meldet aus Belgrad: die beispiellose Agitation, die gewisse kroatische Kreise eingeleitet hatten, hat zum Jahrestag des Attentats von Serajewo am 29. Juni nachmittags zu einem Attentat gegen den Prinzregenten Alexander geführt. Als er nach der Eidesleistung auf die Verfassung die Nationalversammlung verließ, und sein Galawagen das im Bau befindliche Gebäude des Ministeriums für öffentliche Arbeiten passierte, warf ein Individuum vom Baugerüst herab eine Bombe gegen den Wagen, in dem neben dem Prinzregenten Minister-

präsident Pasič Blaj genommen hatte. Die Bombe flog gegen eine Telegraphenstange und explodierte in der Luft. Sprengstücke flogen gegen den Wagen, ohne jedoch den Prinzregenten oder den Ministerpräsidenten zu verletzen. Dagegen erlitten durch Sprengstücke eine Person schwere und sechs leichte Verletzungen. Der Attentäter wurde sofort festgenommen. Bei seiner Vernehmung erklärte er, er sei nach Belgrad gekommen, um den Prinzregenten zu töten. Spasoje Stejsich ist 29 Jahre alt, in Török-Laniza, das jetzt zu Jugoslawien gehört, geboren und nach Neufahr zuständig. Er war in russischer Kriegsgefangenschaft und bekennt sich zur bolschewistischen Partei. Er erklärt, er habe seine Tat selbst beschlossen und handele individuell. Man glaubt jedoch, daß es sich um ein in dem Offizierslager in Stein am Anger vorbereitetes Komplott handelt.

Die Verantwortung für die Angaben über die Parteizugehörigkeit des Täters müssen wir der Bosnin überlassen.

Die amerikanischen Friedensbedingungen.

New York, 29. Juni. Tribune meldet aus Washington, daß die Mitglieder des von beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Ausschusses zu einer vollständigen Einigung über die Friedensresolution gelangt sind. Sie stimmten den vom Senat gemachten Vorbehalten zu, nach denen in der Hand des Treuhänders befindliches Eigentum solange festgehalten werden soll, bis die amerikanischen Ansprüche gegen Deutschland und Oesterreich pergeklärt sind, bis ferner in diesen beiden Ländern den amerikanischen Bürgern das Recht der meistbegünstigten Nation zugestanden ist, und bis diese Länder alle von den Vereinigten Staaten verhängten Geld- und Haftstrafen und Beschlagnahmen anerkannt haben. Falls das Programm ausgeführt wird, soll die Resolution vor dem 4. Juli in Kraft treten.

Italienischer Verzicht auf Aburteilung der Kriegsbeschuldigten?

Mailand, 29. Juni. (D.A.) Der Socolo meldet: Italien hat dem alliierten Rat mitgeteilt, daß es vorläufig von einer Aburteilung der deutschen Kriegsbeschuldigten, soweit sie auf der italienischen Liste stehen, Abstand zu nehmen gewillt sei.

Die Iren und das englische Angebot.

London, 28. Juni. (Reuter.) In seiner Antwort an Lloyd George erklärte de Valera: „Ich berate mich mit so vielen Hauptvertretern der irischen Nation, wie erreichbar sind. Wir haben den ersten Wunsch, dazu beizutragen, einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern dieser beiden Inseln herbeizuführen, sehen aber keinen Weg, wie dies erreicht werden kann, wenn Sie den Irändern die unbedingt notwendige Einheit verweigern und den Grundlag der Selbstbestimmung beseitigen. Bevor ich ausführlicher antworte, suche ich eine Konferenz mit bestimmten Vertretern der politischen Minderheit von Irland herbeizuführen.“

In einem Schreiben an Craig und vier andre führende Unionisten weist de Valera darauf hin, daß die Antwort, die er an Lloyd George senden werde, auch Leben und Eigentum der politischen Minderheit von Irland in Mitleidenschaft ziehen werde. Deshalb wünsche er, zuerst ihre Ansichten zu hören, und lade sie deshalb zu einer Zusammenkunft mit ihm im Dubliner Rathaus am 4. Juli morgens ein. — Das Kabinett von Ulster hat beschlossen, die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz anzunehmen.

London, 29. Juni. Wie die Blätter melden, hat der Ministerpräsident von Nordirland Craig auf die Einladung de Valeras zur Teilnahme an der Besprechung im Rathaus von Dublin geantwortet, es sei unmöglich, irgendwelche Zusammenkunft zu vereinbaren, nachdem er bereits die Einladung Lloyd Georges zu einer Besprechung in London angenommen habe. Eine spätere Verzicht aus Dublin befand, daß die irischen Unionisten die Einladung de Valeras zu der Besprechung am 4. Juli in Dublin angenommen haben.

Die Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordnetenwahl beschlossen?

Wir lesen in der Freiheit: Wie der B. Z. aus städtischen Kreisen mitgeteilt wird, ist die Ungültigkeitserklärung der letzten Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung durch das Oberverwaltungsgericht eine feststehende Tatsache. Wenn die Zustimmung des Urteils an die Parteien auch noch nicht erfolgt ist, so ist doch das Ergebnis der Beratungen des Gerichts bekanntgeworden, nachdem eine Abweisung der Klage auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen ausgeschlossen ist. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird gemeinsam mit seiner Begründung im Juli den Parteien zugehen. Die erforderlichen Neuwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung werden dann voraussichtlich im September stattfinden.

Zurückhaltung eines polnischen Kommissars in Danzig.

Danzig, 30. Juni. (T.M.) Nach Blättermeldungen soll in Danzig ein polnischer Kommissar, der sich auf dem Wege nach Warschau befand, von den Danziger Zollbehörden zurückgehalten worden sein. Auf dem Bahnhofe widersetzte sich der Kommissar einer von den Zollbeamten geforderten Untersuchung seines Gepäcks. Er mußte infolgedessen seine Reise aufgeben und in Danzig zurückbleiben. Das polnische Ministerium kündigt in dieser Angelegenheit diplomatische Schritte der polnischen Regierung beim Danziger Senat an.

Der fünfte deutsche Städtetag.

Der fünfte deutsche Städtetag, der vom 23. bis 25. Juni in Stuttgart seine erstmalige Tagung seit 1914 abhielt, war außerordentlich stark besucht. Die letzte Tagung in Köln war kurz vor Kriegsausbruch. Seine Aufgabe war damals, die Beteiligung der Gemeinden an den gemischt-wirtschaftlichen Betrieben, insbesondere an den entstehenden großen Elektrizitätsmonopolsellschaften. Die Elektrizitäts- und Gaswerke der großen Städte und Bezirksverbände wollten damals nicht recht florieren, indes die privaten Elektrizitäts- und Gasunternehmen sich immer mehr vergrößerten und außergewöhnlich große Gewinne abwarfen. Man glaubte damals in den Kreisen der führenden bürgerlichen Kommunalpolitiker, die Stagnation der Kommunalbetriebe sei nur zu überwinden, wenn das Privatkapital an ihnen beteiligt werde, und die Betriebe zu gemischt-wirtschaftlichen umgestaltet würden. Der Krieg schob die Ausführung dieser Pläne aber kurzerhand beiseite und die Stadtvertretungen und -Verwaltungen stellten sich ganz in den Dienst der Kriegspolitik. Der Vorstand des Städtetages unterstützte die Reichspolitik in jeder Weise, die Stadtvertretungen wurden nicht einmal gehört. Zweimal hätte der Städtetag seit Köln zusammentreten müssen, dem Vorstand graute es aber offenbar vor der Einberufung, denn er konnte schwer über seine bankrotte Politik einen Bericht erstatten, dem zugestimmt würde. Aber einmal mußte der Städtetag doch einberufen werden, und was tat der Vorstand da? Er berichtete über seine Tätigkeit überhaupt nicht. Was der Vorstand einer jeden kleinen Vereinigung zu tun verpflichtet ist, daß er den Mitgliedern über seine und der Vereinigung Tätigkeit mündlich oder schriftlich am Jahreschluß berichtet, das fällt dem Vorstand der deutschen Städte, der Vertretung von beinahe zwei Drittel der deutschen Einwohner, nicht ein.

Auf der Tagung in Stuttgart wurde denn auch diese unentschuldigte Unterlassung sehr scharf kritisiert und der Vorstand wagte nicht einmal, sich zu verteidigen. Was hätte er auch sagen sollen? Es ist denn auch der von unabhängiger Seite gestellte Antrag angenommen worden, der den Vorstand verpflichtet, dem Städtetag in Zukunft einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vorzulegen und die Richtlinien und Leitfäden für die Tagung den Delegierten rechtzeitig anzustellen. Wie die zukünftigen Berichte aussehen werden, muß freilich abgewartet werden.

Die früheren Städtetage waren, abgesehen von einigen Referaten, die dort gehalten wurden, reine Schaustellungen. Es kamen Hunderte von Oberbürgermeistern und andern höheren Gemeindeverwaltungsbeamten zusammen, nahmen einige Referate entgegen, redeten nebenbei viel vom Vaterland und darüber, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben, dann ließ man Wilhelm II. und andre Fürsten hochleben, vergnügte sich weidlich, und dann war die Tagung des deutschen Städtetages zu Ende. Auch das Arrangement für den diesjährigen Städtetag war in ähnlicher Weise getroffen. Der Vorstand, der aus einigen zwanzig Oberbürgermeistern besteht, hatte vergessen, daß der Krieg verloren gegangen ist und daß die Revolution auch tief in das Gemeinleben umändernd eingegriffen hat. Die alten Privilegienwächter der Besitzenden sind beseitigt worden und die arbeitende Bevölkerung hat auf die Zusammenfassung der Gemeindeparlamente sehr starken Einfluß ausgeübt. Freilich erst auf die Parlamente. Die Verwaltung ist zum allergrößten Teile noch in der Hand der alten feudalen und bürgerlichen Bureaucratie, die an rückständiger Gesinnung hinter der staatlichen und Reichsbureaucratie keineswegs zurücksteht. Trotz alledem war die Zusammenfassung der 770 Delegierten starken Tagung anders als in früheren Jahren. Sie hätte für die arbeitende Bevölkerung noch besser sein können, wenn unsre Genossen bei den Wahlen für eine andre Vertretung gesorgt hätten. Was soll man dazu sagen, wenn aus einer Industriestadt Sachsens, wo die sozialdemokratische Arbeiterkraft eine Dreiviertelmehrheit im Stadtparlament hat, als einziger Vertreter ein bürgerlicher Herr kommt? Und dies ist nicht die einzige Stadt, wo so gewählt worden ist. Man braucht nur die Teilnehmerliste durchzusehen, man wird staunen über die merkwürdige Vertretung von Groß- und Mittelstädten.

Aber auch die anwesenden sozialdemokratischen Vertreter hätten einen größeren Einfluß auf die Tagung ausüben können, wenn sie geschlossen vorgegangen wären. So blieb der USPD-Fraktion nichts übrig, als die so notwendigen Reformarbeiten auf der Tagung allein zu beginnen. Mit welchem Erfolge sie das getan hat, zeigt am besten die Wirkung auf den Städtetag selbst. Es gab wohl kaum jemand, der nicht anerkannte, daß sie am fleißigsten gearbeitet hat. Ein Stuttgarter bürgerliches Blatt schrieb: „Die Tagung hat unter dem Einfluß der Unabhängigen gestanden, sie haben sie mit ihren Reden, ihren Anträgen und ihren Entscheidungen beherrscht.“

Zu Beginn der Tagung gab der mit Hilfe der Rechtssozialisten